

Marienweihe

Die Weihe der Welt an Maria, die Johannes Paul II. vor wenigen Tagen im Rahmen des zu Ende gehenden Heiligen Jahres vornahm, fügt sich zwanglos ein in eine ganze Reihe ähnlicher *Weiheakte*, zu denen dem Papst vor allem Besuche von Marienwallfahrtsorten während seiner Reisen Gelegenheit gaben. Man denke an Guadalupe, an Tschestochau, Mariazell, Lourdes oder Fatima. In dem portugiesischen Wallfahrtsort hatte Johannes Paul II. am 13. Mai 1982, dem ersten Jahrestag des auf ihn verübten Attentats, das Weihegebet gesprochen, das er jetzt mit einigen kleineren, auf das Heilige Jahr der Erlösung bezogenen Änderungen in Rom wiederholte.

Darin erinnerte der Papst auch an die Weihe der Welt an die Gottesmutter durch Pius XII. im Jahr 1942. Tatsächlich verbindet sich in der Selbstverständlichkeit, mit der Johannes Paul II. immer wieder kräftige *marianische Akzente* setzt, seine persönliche Marienfrömmigkeit mit Traditionen und Formen der Marienverehrung, die für den Katholizismus vor allem im 19. und in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts charakteristisch waren. In dem Brief, mit dem Johannes Paul II. alle Bischöfe der Welt aufforderte, ebenfalls am 24. oder 25. März den marianischen Weiheakt vorzunehmen, schrieb der Papst, er könne sich nicht der Überzeugung erwehren, daß diese Weihe den Erwartungen vieler Menschenherzen entspreche. Daß es katholische Christen gibt, für die solche Ausdrucksformen der Marienfrömmigkeit selbstverständlich und wichtig sind, ist nicht zu bestreiten. Allerdings ist damit längst nicht das gesamte Spektrum von Haltungen zur Marienverehrung abgedeckt, die sich in der Kirche gegenwärtig beobachten lassen. Da gibt es mehr als fragwürdige *marianische Sonderkulte* ebenso wie Bemühungen um eine an der Schrift orientierte und von Übertrei-

bungen freie Marienfrömmigkeit. Auch freischwebendes, recht unterschiedlich motiviertes Interesse an der Mariengestalt als Archetyp oder Symbol findet sich mancherorts.

Schließlich ist aber auch die beträchtliche Gruppe katholischer Christen nicht zu übersehen, die zur Verehrung der Gottesmutter so gut wie kein Verhältnis haben, in deren Glaubensleben Maria kaum eine Rolle spielt. Sie werden zwar den Ernst zu würdigen wissen, mit dem Johannes Paul II. in seinem Weihegebet auf die Nöte und Gefahren der heutigen Weltsituation hinwies. Es wird ihnen dagegen sehr viel schwerer fallen, zu verstehen, warum all das auf Maria bezogen wird, warum ihr Menschen und Völker anvertraut werden. Das schließt den Respekt vor einer solchen Frömmigkeit keineswegs aus.

Es wird wohl auch in Zukunft im Katholizismus einen durchaus legitimen Pluralismus hinsichtlich der Art und Intensität der Marienverehrung geben, ganz abgesehen von den theologischen und spirituellen Akzenten, die die anderen christlichen Kirchen beisteuern. In einer solchen Situation empfiehlt es sich für Theologie und Verkündigung, sich möglichst auf den unverzichtbaren Grundbestand dessen zu beschränken, was aus Schrift und verbindlicher Tradition über Maria zu sagen ist. Ob sich dann neben den herkömmlichen *neue Stile* der Marienverehrung entwickeln, läßt sich nicht voraussagen. Erzwingen oder andemonstrieren kann man Frömmigkeit ohnehin nicht. ru

Kleinlich

Vor einigen Wochen ging die kleine Meldung durch die Presse, daß das Kirchenamt der Braunschweigischen Landeskirche die Einstellung einer katholischen Putzfrau für ein evangelisches Studentenwohnheim abgelehnt hat. Das ist nicht der erste Fall dieser

Art und wird auch nicht der letzte bleiben. Beide großen Kirchen in der Bundesrepublik, die ja zusammen über eine halbe Million Menschen beschäftigen, haben immer wieder einmal Probleme, wenn es um den Taufschein von Mitarbeitern oder auch von deren Ehepartnern geht.

Nun wird den Kirchen niemand grundsätzlich das Recht bestreiten, auch bei weniger wichtigen Stellen auf die Konfessionszugehörigkeit der Bewerber zu achten und vorrangig Mitarbeiter der jeweiligen Konfession einzustellen. Auch sollte man Pauschalurteile lieber vermeiden und jeweils die besonderen Umstände im Einzelfall mitberücksichtigen, bevor man lauthals über „unökumenisches“ Verhalten der katholischen oder evangelischen Kirche als Arbeitgeber Klage führt.

Dennoch hinterlassen Meldungen wie die aus Braunschweig ein nur allzu verständliches *Unbehagen*. Das vor allem deshalb, weil in solchen Einzelfällen Tendenzen und Verhaltensweisen ans Licht kommen, die sich mit dem inzwischen erreichten Verhältnis der großen christlichen Kirchen hierzulande nur schwer in Einklang bringen lassen. So emphatisch man sich zum ökumenischen Prozeß bekennt, seine Stagnation beklagt und vom jeweils anderen mutige neue Schritte fordert, so sorgsam achtet man doch gleichzeitig auf den eigenen kirchlich-konfessionellen Besitzstand. Das liegt zwar in der Bundesrepublik mit ihrem ausgeklügelten staatskirchenrechtlichen System und mit ihren beiden dominierenden „großen“ Kirchen besonders nahe, führt aber manchmal zu absonderlichen und nur mit Mühe einsichtigen Konsequenzen.

Sicher ist das ökumenische Heil nicht davon zu erwarten, daß das institutionelle Gerüst der Kirchen porös wird und dadurch ihre Konturen langsam, aber sicher an Festigkeit verlieren. Dennoch wäre mehr Großzügigkeit in bezug auf den jeweiligen Besitzstand im allgemeinen wie bei der Einstellung von Mitarbeitern im besonderen eine gute Sache. Damit sind nicht nur Einzelfälle gemeint; vielmehr sollten die Kirchen auch ihre einschlägigen Ord-

nungen und Gesetze immer wieder daraufhin überprüfen, ob sie wirklich Ausdruck der berechtigten Sorge um die katholische oder evangelische Identität sind oder nur Symptom für kleinlichen Konfessionalismus. Wenn Gäste des Katholischen Büros in Bonn von einer Mitarbeiterin muslimischen Glaubens das Mittagessen serviert bekommen, warum sollte dann nicht eine Putzfrau katholischer Konfession in einem evangelischen Studentenwohnheim zu verkraften sein? Damit ist bei Gott nicht gesagt, daß es in katholischen Einrichtungen diesbezüglich insgesamt toleranter und problemloser zugeht.

Einen Nebeneffekt hätte eine großzügigere Praxis übrigens auch noch: Nicht selten dienen kleinliche Entscheidungen in bezug auf konfessionelle Homogenität der Mitarbeiterschaft als Indiz für gegenseitige Vorwürfe und als Nährboden für bequeme Ressentiments. Wenn sich sowohl die evangelische wie die katholische Seite in diesem zugegebenermaßen sensiblen Bereich weniger Blößen gäben, hätten es solche Ressentiments schwerer.

samt als Produkt fremdbestimmter bzw. männergemachter Normen und Erwartungen, die ein Leben nach eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen nach wie vor behindern. Dieser *Pessimismus* verwundert. Man erinnert sich an noch nicht weit zurückliegende Erhebungen, z. B. an den sog. Brigitte-Bericht 82, in dem Mädchen und Frauen zwischen 16 und 25 als relativ optimistische, aufgeschlossene, mit beiden Füßen im Leben stehende, ihre Zukunftschancen, auch im Blick auf die Kombination von Familie und Beruf, günstig beurteilende und selbstbewußte Population erschienen.

Der 6. Jugendbericht erwähnt zwar den Brigitte-Bericht, aber seinen Feststellungen auch nachzugehen, wäre in den Augen der Autoren wohl nur ein Beitrag zur *Verdrängung der tatsächlichen Lage* gewesen. Da sie sich selbst „subtile Beweisführung“ bescheinigen, die vom Leser „Offenheit und Aufmerksamkeit erwarten“ könne, ist anzunehmen, daß für sie männliche Fremdbestimmung und Rollenfixierung der Frau noch viel erschreckender sind, als im Bericht selbst zum Ausdruck kommt.

Aber nicht diese *Schlagseite* ist seine eigentliche Schwäche. Sie bringt nur unfreiwillig zum Ausdruck, daß in dem Bericht eine Frauengeneration argumentiert, die zu ihrer Jugendzeit mit vollen Segeln in den im Prinzip richtigen und unausweichlichen Emanzipationskampf aufgebrochen ist und offenbar noch nicht gemerkt hat, daß sich in der ihr nachfolgenden Generation sehr vieles, und zwar durchaus im Sinne von mehr Chancengleichheit, geändert hat. Auch sind nicht alle Anmahnungen und Postulate falsch: Vorurteile gegen das „schwache Geschlecht“, die von der Erziehungspraxis bis zur Alltagssprache noch immer grassieren, leben weiter. Und über die Frage, ob Mädchenspezifische Bedürfnisse und Talente in *koedukativen Erziehungseinrichtungen* wirklich am besten zum Zuge kommen, läßt sich sicher streiten.

Ob freilich durch „mädcheneigene Öffentlichkeitsarbeit“ oder durch Förderung von „aggressivem Spielverhalten“ auch bei Mädchen Frauen wirklich ge-

holfen werden kann, bleibt eine andere Frage. Aber das Ärgerliche, um nicht zu sagen Dummliche an dem Bericht sind nicht solche Vorschläge, sondern die *völlige Vernachlässigung von Familie* als Erziehungsinstanz und ein schiefes Verständnis von Erziehung und Öffentlichkeit. Familie kommt so gut wie nicht vor, relevante gesellschaftliche Gruppen scheinen für die Autoren nur die Gewerkschaften und „Pro familia“ zu sein. Und alle Maßnahmen in der Jugendhilfe haben politischen Charakter zu haben und Kollektivmaßnahmen zu sein. Einzelfallhilfen sollen „abgebaut“ werden.

Minister *Geißler* war schlitzohrig genug, den Bericht passieren zu lassen. Hätte er die Veröffentlichung – was die sozialliberale Regierung bei einem Jugendbericht schon einmal tat – untersagt, wären sicher Magazine und Illustrierte aus Hamburg zur Stelle gewesen mit dem Vorwurf, der ohnehin allseits gescholtene und selber jederzeit scheltende Minister sei hinterwäldlerisch und frauenfeindlich. Vielleicht aber können solche und ähnliche Kommissionen künftig *personell* solider zusammengesetzt werden. Schon öfters hat es dem um Jugendberichte versammelten Sachverstand an Wirklichkeitssinn gefehlt. Daran ließe sich, zum Vorteil vor allem von gefährdeten Jugendlichen und der Jugendhilfe, in Zukunft einiges korrigieren.

se

Grämlich

„Hundert Seiten Feminismus“, wie es eine bundesdeutsche Tageszeitung ausdrückte, enthält der sechste Jugendbericht nicht. „Grämlich“, wie *Heiner Geißler* als zuständiger Bundesminister in einer Begleitstellungnahme seines Hauses schrieb, trifft Tenor und Qualität des Berichts schon eher. Was sechs Begutachter – fünf Frauen, ein Mann, davon vier Professoren – über die *„Verbesserung der Chancengleichheit von Mädchen“* in dem umfangreichen Konvolut zusammengetragen haben, ist einschließlich der vage formulierten „Empfehlungen“ eine einzige Klage über Unterdrückung, Benachteiligung, Beengung der Lebens- und Berufschancen von Mädchen und jungen Frauen. Die weibliche Jugend erscheint insge-

Ausreisen

„Wir freuen uns über jeden, der in die Bundesrepublik Deutschland übersiedeln möchte und von den Behörden der DDR die Genehmigung dazu erhält.“ Dies war einer der am meisten interfraktionell beklatschten Sätze aus dem Bericht des Bundeskanzlers zur Lage der Nation.

Niemand möchte dem widersprechen oder bei solchem Beifall auch nur abseits stehen. Menschen zu helfen, die unfreiwillig in Not geraten sind, weil sie sich mit einem Zwangsregime an-